

KOMMENTAR ZUM CDU-VOTUM

Ist die Tür erst auf...

Das ist für die Union wahrlich revolutionär. Denn mit Basisdemokratie hat die CDU bislang nur wenig am Hut gehabt. Durch die Mitgliederbefragung ändert sich das jetzt. Intern geht man zwar davon aus, dass diese Form der Suche nach einem neuen Vorsitzenden eine einmalige Geschichte sein wird. Doch da könnte sich mancher in der Parteiführung irren: Ist die Tür erst aufgestoßen, lässt sie sich womöglich nicht mehr schließen, weil die Mitglieder Gefallen daran finden, und weil mehr Mitsprache überfällig und zeitgemäß ist. Dafür spricht auch, dass es inzwischen sogar Stimmen in der CDU gibt, die eine Doppelspitze fordern. Frühe wäre dies undenkbar gewesen. Die Union nähert sich notgedrungen den Realitäten an.

Wer freilich glaubt, mit dem Mitgliederentscheid seien die Probleme der Partei gelöst, der ist politisch naiv. Die Kreisvorsitzenden sind am Samstag besänftigt gen Heimat gefahren. Mehr nicht. Die Schwierigkeiten, in denen die CDU steckt, haben sie aber nicht mitgenommen, die sind geblieben. Und auch nach der Wahl eines neuen CDU-Chefs wird sich daran so schnell nichts ändern.

Der Wahlkampf hat gezeigt, was die größte Baustelle der Union ist: Das gepflegte Sowohl-Als-Auch. Inhaltlich gab es keine überzeugende Schwerpunktsetzung, keine einheitliche Linie, keine kla-

ren Botschaften, die verfangen haben. Weder bei der Rente, noch bei den Themen Migration oder Wohnungsnot, schon gar nicht in der Klimapolitik. Heikles wurde umschiffert. Nach 16 Jahren Regierungszeit ist die Union inhaltlich entkernt.

Ein Neuanfang muss her. Nicht nur personell. Das weiß man auch in der Partei. Die Union täte gut daran, nach der Klärung ihrer Führungsfrage in einen inhaltlichen Sanierungsprozess einzusteigen. Angesichts der anstehenden Landtagswahlen nicht ungefährlich, aber trotzdem dringend erforderlich, wenn man perspektivisch im Bund tatsächlich nur vier Jahre in der Opposition sitzen will.

Und dann stellt sich noch die Frage der Geschlossenheit, was für den politischen Erfolg unabdingbar ist. Wer neuer Vorsitzender wird, muss dringend das Verhältnis zur CSU neu austarieren. Und damit auch zum unberechenbaren CSU-Chef Markus Söder. Noch so eine Herkulesaufgabe.

politik@medienhausachen.de

HAGEN STRAUSS



Gute Karten, schlechte Karten

Jetzt müssen die CDU-Mitglieder ran: Sie werden bestimmen, wer Armin Laschet im Parteivorsitz folgen soll. Das Votum setzt die Union aber gehörig unter Druck.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Nicht jeder freute sich offen über das Ergebnis. Zum Beispiel Ralph Brinkhaus. „Das kommentiere ich nicht. Ich gehe jetzt nach Hause“, wehrte der Unionsfraktionschef am Samstagmittag die Frage ab, was er denn von der Mitgliederbefragung halte, für die sich soeben die große Mehrheit der 325 anwesenden Kreisvorsitzenden ausgesprochen habe. Kaum geäußert, rauschte Brinkhaus auch schon grimmig von dannen. In der CDU wird nun sondiert, telefoniert und vorbereitet. Nach dem Votum der Kreisvorsitzenden haben manche Aspiranten auf die Nachfolge von Armin Laschet jetzt gute Karten, andere schlechte.

Per Handzeichen hatten die Unionisten im großen Bankettsaal eines Berliner Hotels den Weg freigemacht für die erste Mitgliederbefragung in Sachen CDU-Vorsitz überhaupt. Nach einer mehrstündigen Debatte „quer durch das Gelände“, wie einer meinte. Herausgekommen ist durchaus eine historische Entscheidung. Denn normalerweise herrscht in der Union das repräsentative Prinzip – Delegierte haben die Entscheidungshoheit.

Nun wird alles anders, zumindest einmal. Die Mitglieder werden gefragt werden, wen sie sich als Vorsitzenden wünschen. In der Partei wird davon ausgegangen, dass es mehrere Bewerber geben wird. Aber: „Keiner wird ohne Team antreten.“ Soll heißen, hinter den Kulissen werden von möglichen Kandidaten nun Unterstützer gesammelt, potenzielle Stellvertreter gesucht, auch dürfte Ausschau nach einem neuen Generalsekretär oder -sekretärin gehalten werden. Freilich wird nach der Befragung immer noch ein Sonderparteitag den- oder diejenige wählen müssen; der Wunsch der Mitglieder ist nicht bindend. Aber in der Union rechnet niemand ernsthaft damit, dass die 1001 Delegierten eines solchen Konvents die Empfehlung ignorieren werden.

Am Dienstag soll nun der Bundesvorstand das genaue Verfahren beschließen, für das Generalsekretär Paul Ziemiak einen Vorschlag unterbreiten wird. Nach Informationen unserer Redaktion wird es eine Vorstellungsphase für die Kandidaten geben, eventuell über Regionalkon-



Ihre Forderung wird erhört: Bei der Kreisvorsitzendenkonferenz in Berlin halten Teilnehmer ein Plakat mit der Aufschrift „CDU Mitgliederentscheidung jetzt!“ in die Höhe. FOTO: DPA

ferenzen und in Online-Formaten. Dann muss entschieden werden, wie gewählt wird – per Brief, online oder durch Urnenwahl in den Kreisgeschäftsstellen. Ziemiak dürfte eine Kombination aus zwei Möglichkeiten vorstellen. Klar ist bereits: Bei rund 400.000 Mitgliedern wird der ganze Spaß eine teure Angelegenheit werden. Mit gut einer Million Euro wird gerechnet. Je nach Zahl der Kandidaten und Ergebnis droht dann auch noch eine Stichwahl. Alles in allem dürfte sich der Prozess bis weit in den Dezember hinziehen. Ein Parteitag kurz vor Weihnachten „wird also sportlich knapp“, heißt es aus der CDU. Wahrscheinlicher ist deshalb ein Termin ab dem zweiten Januar-Wochenende.

Startpunkt für Neuaufstellung

Nun ist es nicht so, dass die Union nach der Kreisvorsitzendenkonferenz plötzlich die Basisdemokratie für sich entdeckt hat. „Dieser Geist war nicht zu spüren“, betonte ein Teilnehmer. Aber viele hätten das Gefühl gehabt, dass das Repräsentativprinzip diesmal nicht funktio-

niert habe – die Basis habe sich einen anderen Kanzlerkandidaten gewünscht, womöglich auch einen anderen Vorsitzenden als Armin Laschet. Dennoch: „Das war der Startpunkt der Neuaufstellung. Wir hatten eine gute, offene und ehrliche Aussprache. Jetzt gehen wir in die Mitgliederbefragung“, so Parteivize Jens Spahn zu unserer Redaktion. Auf die Frage, ob er antreten werde, antwortete der bisherige Gesundheitsminister: „Das klärt sich dann alles nach und nach.“ Von Spahn wird einmal mehr berichtet, er sondiere bereits umtriebiger im Hintergrund.

Über die Mitgliederbefragung kann er allerdings nicht glücklich sein. Als 2018 drei Kandidaten um den Vorsitz buhlten, darunter Spahn, war er nicht gerade der Liebling auf den Regionalkonferenzen. Der 41-Jährige kann einen Parteitag rocken. Aber gelingt ihm Ähnliches auch mit Blick auf die Mitglieder? Spahns Karten dürften sich verschlechtert haben. Das gilt ebenso für einen anderen potenziellen Bewerber: Fraktionschef Ralph Brinkhaus. In einer Umfrage sprachen sich unlängst nur sechs Pro-

zent für den 53-Jährigen als Parteichef aus. Mehr Hoffnung kann sich hingegen Friedrich Merz machen; der Sauerländer ist vor allem im Osten beliebt, auch in den südlichen Landesverbänden. In der Partei wird zudem darauf verwiesen, dass der hohe Altersdurchschnitt der CDU-Mitglieder dem 65-Jährigen in die Hände spiele. Gerade bei Älteren genießt er Vertrauen. Merz hat jetzt gute Karten.

Röttgen, Merz oder Linnemann?

Dann gehört auch noch Norbert Röttgen zum Kreis möglicher Kandidaten. Bei den Funktionären ist der 56-Jährige unbeliebt, an der Basis aber anerkannt. Durchaus möglich, dass es zu einem Duell mit Merz kommt. Zu guter Letzt: Carsten Linnemann. Der 44-Jährige ist ein frisches Gesicht, gerade bei den Jungen in der Partei beliebt. Aber ob das reicht? Bei der Konferenz kursierte jedoch das Gerücht, dass Merz vielleicht zugunsten des Wirtschaftsexperten verzichten könnte. Vorstellbar ist bei der Union inzwischen halt vieles.

ZUR PERSON

Selbstkritische Bilanz



Heinrich Bedford-Strohm (61), Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Sieben Jahre hat der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) geführt. Es gibt Vieles, worauf er stolz ist – etwa das von der EKD initiierte Bündnis „United4Rescue“, mit dessen Unterstützung Flüchtlingsschiffe im Mittelmeer etwa 2000 Menschen geborgen haben. Aber in einem Punkt ist er sehr selbstkritisch: „Beim Thema sexualisierter Gewalt bin ich trotz allem, was wir schon angestoßen und erreicht haben, überhaupt nicht zufrieden“, räumt Bedford-Strohm ein. Der Theologe kandidiert nach siebenjähriger Amtszeit nicht erneut für den EKD-Ratsvorsitz. Am 10. November wird auf der EKD-Synode in Bremen eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gewählt.

Wenn vom Missbrauchsskandal in der Kirche die Rede ist, dann sind meist die Katholiken gemeint.

Doch auch bei den Protestanten hat es sexuellen Missbrauch gegeben. In der katholischen Kirche gilt als wesentliche Ursache für den massenhaften Missbrauch von Kindern das streng hierarchische Machtsystem. Weitere Ursachen sind nach Einschätzung von Experten die katholische Sexualmoral und die vorgeschriebene Ehelosigkeit der Priester, der Zölibat. All das trifft auf die evangelische Kirche aber nicht zu.

Die EKD hat für 3,6 Millionen Euro eine Studie angestoßen, die die Ursachen des Missbrauchs erforschen soll. „Die Ergebnisse liegen noch nicht vor, aber wir haben bereits Hinweise darauf, dass bei uns andere Gefahrenquellen vorhanden sind“, sagt Bedford-Strohm. Es sei wohl gerade der lockere, mitunter geradezu freundschaftliche Umgang bei den Protestanten, der in Distanzlosigkeit und dann sexualisierte Gewalt umschlagen könne. Die Aufarbeitung verläuft auch in der evangelischen Kirche schleppend. Ein Beispiel dafür ist der Betroffenenbeirat, der im September 2020 seine Arbeit aufnahm, im Mai aber schon wieder ausgesetzt wurde. Christoph Driessen

AKTUELLES STICHWORT

Einigung um Sonderzölle

Die EU und die USA haben sich auf die vorläufige Beilegung ihres jahrelangen Streits um amerikanische Sonderzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte verständigt. Das erklärten beide Seiten am Rande des Gipfeltreffens der führenden Industrie- und Schwellenländer in Rom (G20). US-Angaben zufolge sieht die Grundsatzvereinbarung vor, dass die EU-Staaten künftig bestimmte Mengen der Werkstoffe zollfrei in die USA importieren dürfen. Zudem setzen demnach beide Parteien in der Sache anhängige Verfahren vor den Gremien der Welthandelsorganisation aus.

Bidens Nationaler Sicherheitsberater Jake Sullivan erklärte, mit der Einigung sei „eines der größten Streitthemen“ im Verhältnis der transatlantischen Partner ausgeräumt. Er präsentierte den Deal gemeinsam mit US-Handelsminis-

terin Gina Raimondo und der Handelsbeauftragten Katherine Tai.

Der Handelskonflikt war 2018 vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump angezettelt worden. Trump hatte auf Stahl- und Aluminiumimporte Sonderzölle einführen lassen. Die EU reagierte mit Vergeltungszöllen auf US-Produkte wie Jeans, Bourbon-Whiskey, Motorräder und Erdnussbutter. Trump hatte die Sonderzölle „mit nationalen Sicherheitsinteressen“ begründet.

Die Vergeltungszölle der EU auf US-Produkte hätten noch vor Jahresende auf 50 Prozent ansteigen sollen, erklärte Raimondo. Dies sei nun mit der Einigung abgewendet worden. Solche Zölle seien für betroffene Unternehmen verheerend, sagte sie. „Ein Unternehmen kann mit einem fünfzigprozentigen Zoll nicht überleben“, sagte Raimondo. (dpa)

„Wir können Europa nicht einmauern“

Katarina Barley kritisiert die EU-Mitgliedsstaaten für ihre Flüchtlingspolitik und warnt Polen.

Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, **Katarina Barley** (SPD), warnt vor einem Zerbrechen der Europäischen Union. Im Streit mit Polen helfe nur noch finanzieller Druck, sagt Barley im Gespräch mit **Hagen Strauss**.

Frau Barley, steht die Europäische Union mal wieder am Scheideweg?

Barley: Ich würde sagen, die EU ist schon einen Schritt weiter. Mit dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichtes, dass EU-Recht keinen Vorrang gegenüber nationalem Recht hat, hat sich ein Mitgliedsstaat aus der europäischen Rechtsgemeinschaft verabschiedet. Wenn wir dieser Auflösung nur zusehen, können wir die Europäische Union in ihrer jetzigen Form nicht mehr weiterführen. Vieles, was auf gegenseitigem Vertrauen, auf gemeinsamen Werten und Strukturen basiert, können wir dann nicht mehr machen. Das wäre das Ende.

Also zurück zum Kerneuropa?

Barley: Ich will mir das Ende nicht ausmalen. Wir müssen deshalb jetzt endlich Maßnahmen ergreifen, damit das nicht passiert.

Aber fällt da nicht gerade ein Dominostein nach dem anderen?

Barley: Das ist genau das Problem,

das mit Polen und Ungarn verbunden ist. Die Regierungen dort wollen nicht nur ihre Staaten umbauen, das machen sie schon lange. Sie wollen der ganzen EU eine andere Auslegung von Rechtsstaatlichkeit aufzwingen. Das ist der Entzug der Basis der EU. Auf der Liste der Dominosteine steht bereits Slowenien.

Wie kommt man aus der Entwicklung wieder raus?

Barley: Dialog ist unheimlich wichtig. Aber die polnische und auch die ungarische Regierung haben schon seit Jahren ihre eigene Agenda. Man konnte den Prozess der Konfrontation kommen sehen. Das hat sich aufgebaut. Jetzt hilft nur noch ein Mittel – das finanzielle. Auch als Warnung. Ich bin darüber nicht froh. Im Falle Polens hat das allein die polnische Regierung zu verantworten. Sie geht aggressiv vor, nicht die EU.

Polen sagt, man werde keinen Zloty Strafzahlungen leisten.

Barley: Es gibt ja noch die andere Seite. Im Moment stehen 36 Milliarden Euro aus dem europäischen Aufbaufonds für Polen bereit, davon 24 Milliarden Euro als Zuschuss, zwölf Milliarden als Kredite. Das

ist im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung mit die größte Summe, die die EU an einen Mitgliedsstaat auszahlen will. Das Geld ist geknüpft an die Unabhängigkeit der Justiz. Endlich hat auch die zögerliche Kommissionpräsidentin von der Leyen klargestellt, dass die Mittel nicht ausbezahlt werden, solange diese Vorgabe nicht umgesetzt ist.

Mit Polen ist die Flüchtlingsfrage verbunden und das Verhalten des weißrussischen Diktators Lukaschenko. Wieder ist die EU hilflos.

Barley: Die Flüchtlingspolitik ist der schwarze Fleck auf der Weste der EU. Es gibt immer noch kein einheitliches Vorgehen, und das ist eine Schande.

Was muss jetzt konkret getan werden?

Barley: Das Flüchtlingsproblem an der polnischen Grenze ist offensichtlich von Lukaschenko verursacht worden. Die EU-Sanktionen müssen

deutlich verschärft werden, besonders gegen Lukaschenko selbst, sein Umfeld und staatliche Betriebe. Und dann müssen wir verstärkt gegen die vorgehen, die ihm gegen Geld helfen: etwa Fluggesellschaften, die sich mit ihm eingelassen haben. Entzug der Landrechte, finanzielle Strafen, all das muss umgesetzt werden.

Sollte sich die EU stärker an der Grenzsicherung beteiligen, Stichwort Bau von Zäunen?

Barley: Nein. Wir können Europa nicht einmauern. Es darf an der EU-Außengrenze auch keinen rechtsfreien Raum geben. Auf ein unmenschliches Regime mit Unmenschlichkeit zu antworten, ist der falsche Weg. Im Gegenteil: Wenn wir zu einem geordneten, rechtsstaatlichen Umgang mit Asyl und Migration kommen, sind wir nicht erpressbar durch Diktatoren. Natürlich brauchen Länder an der Außengrenze akut europäische Unterstützung. Diese muss aber an die Einhaltung von Menschenrechten gebunden sein. Pushbacks sind inakzeptabel. Vor allem muss den Menschen geholfen werden, die gerade im Niemandsland zwischen Polen und Belarus erfrieren und verhungern.

Droht Polen mit Sanktionen: Katarina Barley (SPD), Vizepräsidentin des EU-Parlamentes. FOTO: DPA

